

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

19.6.1866 (No. 143)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. Juni.

N. 143.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme. *)

† **München**, 18. Juni. Die Abgeordneten-Kammer hat die Kreditforderung für die Armee einstimmig bewilligt.

† **München**, 18. Juni. Der bayrische Gesandte in Berlin wurde gestern abberufen; der preussische Gesandte in München wird seine Pässe erhalten.

△ **Frankfurt**, 17. Juni, Abends. Die Eisenbahn zwischen Gießen und Marburg ist von den Preußen zerstört (zwischen Marburg und Kassel, wie man sagt, von den Hessen), zwischen Minden und Hannover von den Hannoveranern. Der preussische Gesandte und Militärbevollmächtigte sind abgereist.

△ **Frankfurt**, 18. Juni, Morgens. Der Kurfürst ist mit seinen Truppen nach Fulda; der Thronfolger, Prinz Friedrich Wilhelm, hat sich ihm zur Verfügung gestellt und übernimmt ein Kommando. In Wehlar sollen noch 9000 Mann Preußen stehen; 16,000 sind auf Kassel gegangen. Bayern sollen auf Fulda marschieren.

† **Frankfurt**, 18. Juni, Vormittags. (W. L. B.) Der Kurfürst und der Thronfolger sind mit den hessischen Truppen in Debra (südlich von Kassel, in der Richtung von Hersfeld und Fulda).

— Nachmittags. Der Kurfürst ist auf seinem Schloss in Vangensfeld bei Hanau eingetroffen.

[Wir fügen gelegentlich bei, daß ein Berliner Telegramm der „Indep. Belge“ wissen will, Graf Bismarck beabsichtige durch die kurbessischen Stände die Absetzung des Kurfürsten auszusprechen zu lassen.]

△ **Frankfurt**, 18. Juni, Nachmittags. Hamburg ist von Preußen aufgefordert worden, sein Kontingent zur Verfügung zu stellen. — Hannoveraner und Hessen haben sich zu Fulda vereinigt.

† **Reichenberg** (an der Reize, böhm.-sächs. Grenze), 17. Juni. Marienthal, Döritz und Leuba wurden von zwei preussischen Infanterieregimentern und einem preussischen Husarenregiment, deren Hauptort von zwei preussischen Reiterregimentern besetzt. (Alle diese Orte liegen in der sächsischen Gegend.) Auf der Rumburger Straße hat gestern ein kleiner Zusammenstoß zwischen österröcher und preussischer Kavallerie stattgefunden. Die Preußen flüchteten sich. Zittau noch unbesetzt; in Bautzen eine starke preussische Besatzung mit 12 Geschützen. Die Post angehalten, Poststücke weggenommen. Ebenso in Böbau. Postkellern gefangen genommen.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 18. Juni. 55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Regierungskommissären sind anwesend: Die H. H. Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamme, und der Finanzen, Staatsrath Dr. Bogemann.

Tagesordnung: Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisung der Badensaltenverwaltung in den Jahren 1862 und 1863, und über den Gesetzentwurf, das Budget der Badensalten für die Jahre 1866 und 1867, erstattet von dem Abg. Lenz.

Das Präsidium theilt mit, daß eine Zuschrift von Freiburg, die Beschlüsse einer dort abgehaltenen Versammlung enthaltend, eingelaufen sei, und zur Einsicht der Kammermitglieder aufgelegt werde.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf einer Bittschrift an um Erbauung einer Eisenbahn von Oberlauchringen nach Donaueschingen.

Hierauf macht der Hr. Präsident des Finanzministeriums zwei Vorlagen, die erste ist das Finanzgesetz für die Jahre 1866 und 1867, die zweite ein Gesetz, die Aufbringung der für den außerordentlichen Aufwand des Militärs erforderlichen Mittel betreffend. (Wir werden das Gesetz nebst Begründung im Abdruck mittheilen.) Die Berathung wendet sich sofort zum Gegenstand der Tagesordnung.

Abg. Lenz: Um die Berathung des Budgets heute schon zu ermöglichen, habe die Budgetkommission beschloffen, über zwei eingelaufene Petitionen, die Fortdauer des Spielpachts in Baden und die Bitte der Badbesitzerin Degler von Eisenbach um Unterstutzung aus dem Badfond, erst nach der Berathung des Landtags Bericht zu erstatten.

Staatsrath Dr. Lamme: Die Regierung sei damit vollkommen einverstanden.

Abg. Sachs spricht für das Bad Säckingen, und bittet die Regierung, der dort befindlichen Therme ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Abg. Schaaff unterstützt diese Bitte.

Staatsrath Dr. Lamme: Die Regierung werde thun, was unter den jetzigen Verhältnissen zu thun sei; allein, wie bekannt, seien die Budgetmittel anderweitig so sehr in Anspruch genommen, daß im Augenblick auf Viel nicht zu hoffen sei.

*) Aus einem gestern (18. d.) Nachmittags 5 Uhr ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

Im Uebrigen werden die Anträge der Kommission: „die Einnahmen für die Jahre 1862/63 mit 343,591 fl. 33 kr. und die Ausgaben in den gleichen Jahren mit 254,541 fl. 24 kr. für gerechtfertigt zu erklären und die Einnahmen des Badfonds für die Jahre 1866 und 1867 mit 764,204 fl., die Ausgaben im ordentlichen Etat mit 327,500 fl., im außerordentlichen Etat mit 143,642 fl. zu genehmigen und den Gesetzentwurf, wie er von der großh. Regierung vorgelegt wurde, unverändert anzunehmen“, zum Beschluß erhoben.

Schluß der Sitzung.

† **Karlsruhe**, 18. Juni. 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 19. Juni, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung der Berichte der Budgetkommission a) über Entwurf eines Gesetzes, die Aufbringung der für den außerordentlichen Militäraufwand erforderlichen Mittel betr.; b) über das Finanzgesetz für 1866 und 1867. 3) Die Wahl eines ständischen Ausschusses.

Deutschland.

† **Karlsruhe**, 18. Juni. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 34 enthält das Gesetz, die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits zum Zweck der Mobilmachung des großh. Armeekorps betreffend; ferner das Gesetz, die Einberufung der Extraparlantien betreffend.

† **Frankfurt**, 16. Juni. (Fr. P. Btg.) Wir vernehmen über die Truppenkonzentrationen hier und in der Umgegend einige Einzelheiten. Gegen 12 Uhr erging die Bundesordre nach Darmstadt, und um 2 Uhr stand schon eine starke Abtheilung von Infanterie und Chocourlegers in unserer Stadt. Eine Stunde später kamen noch mehrere Tausend Mann beider Waffengattungen, welche in der Karmeliterkaserne untergebracht sind. Eine Batterie Artillerie nahm in Sachsenhausen Quartier und verschiedene Abtheilungen sind in der Umgegend in Cantonnements. — Die Telegraphenbeamten, auf deren Bureau ein Offizier fungirt, nehmen über Truppenstellung und Zugänge keine Depeschen mehr an. Die Reichheit, Präzision und das Ineinandergreifen der Bewegungen, sowie Geist und Stimmung der Truppen finden allgemeine Anerkennung.

× **Frankfurt**, 17. Juni. Auch unserm Senat ist eine preussische Sommatation zugekommen. — Der Militär-Anschuß und die Bundes-Militärkommission halten täglich Sitzungen, um Mittel zum Schutz Frankfurts zu berathen. — Aus der gestrigen Bundesstags-Sitzung theilen wir noch folgendes mit: Das Präsidium wurde beauftragt, Maßregeln zum Schutz der Bundesstätten zu treffen. Bezüglich einer Anzeige an die auswärtigen Gesandten wegen Austritt Preußens aus dem Bund wurde eine Vorlage gemacht und dieselbe angenommen. Die Abstimmung der Reichs über den sächsischen Antrag lautet wörtlich, wie folgt:

Der Gesandte stimmt dem l. sächsischen Antrag zu. Er verbindet hiermit die Ausrufung, daß auswärtigen Nachrichten zufolge gestern auch an die l. hannoversche und an die kurb. hessische Regierung eine gleiche Sommatation gerichtet worden. Im Hinblick auf diese Thatfache ist der Gesandte von seiner allerb. Regierung beauftragt, zu erklären: Se. Maj. der Kaiser wird mit seiner vollen Macht dagegen seine Bundesgenossen geübten Gewalt entgegenzutreten und demgemäß mit Aufbietung aller militärischen Kräfte unverzüglich handeln. Allerhöchsterseits erwartet ein gleiches Einsehen für die gemeinsame Sache, für Deutschlands Recht und Freiheit von allen bundesgetreuen Regierungen. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die höchsten und hohen Regierungen sich unverweilt über den einseitigen Oberbefehl verständigen, und der Gesandte hat Namens der kaiserl. Regierung den höchst dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Verständigung ohne Verzug erfolgen möge.

× **Frankfurt**, 18. Juni. Siegen, welches von den Preußen ganz verlassen worden war, ist seit gestern Abend wieder von ihnen besetzt; in Folge dessen sind die von hier aus dahin abgehenden Züge der Main-Wefer-Bahn nun auch eingestellt, so daß wir nun gar keine Verbindung nordwärts mehr haben. — Prinz Alexander ist hier eingetroffen und wohnt im Palais des Großherzogs von Hessen auf der Zeil. — Das Frankfurter Bataillon hat seine feldmäßige Ausrüstung und Munition empfangen. — Der Kaiser von Oesterreich soll ein Schreiben an den Senat von Frankfurt erlassen haben, worin er seinen Dank für den Empfang ausspricht, den man den österröcherischen Truppen bei ihrem Abmarsch hat zu Theil werden lassen. — Bis jetzt haben wir hier keine Einquartierung; der Senat ist Willens, die Stadt so lange als möglich mit dieser Last zu verschonen, und sollen die heute hier in 22 Zügen eintreffenden und in den nächsten Tagen erwarteten und durchmarschirenden Bundesstruppen in leerstehenden städtischen Gebäuden (Ledersalle, Mainpost, Waisenhäuser, Hotel Befe) untergebracht werden. Die umliegenden Ortschaften sind fast alle mit Bundesstruppen angefüllt. — Bei dem in Raubheim weilenden Fürsten von Waldeck ist vor drei Tagen telegraphisch von Berlin aus angefragt worden, ob und wie viele (preussische) Offi-

ziere er entbehren könne? Bekanntlich hat Preußen eine Militärkonvention mit Waldeck abgeschlossen.

Gestern Abend verbreitete sich plötzlich das Gerücht, die Bundesversammlung werde Abends noch eine zweite Sitzung abhalten; doch hat eine solche nicht stattgefunden. Wir haben jedoch allen Grund, zu glauben, daß eine solche in der That beabsichtigt war. Es soll sich um ein Manifest an das deutsche Volk gehandelt haben, dessen Erlaß von einer Seite der h. Versammlung vorgeschlagen worden. — Der preussische Gesandte, Hr. v. Savigny, weilt noch immer hier. Dagegen sind die preussischen Mitglieder der Bundes-Militärkommission, General v. Dewall, Oberstleutnant v. Coghansen und Hauptmann Rander, nach Koblenz abgereist.

† **Stuttgart**, 16. Juni. Der „Staatsanz.“ bringt eine Bekanntmachung des Oberrecrutionsraths, betreffend die Einberufung von 1000 Mann nichterergriter Landwehripflichtigen von der Altersklasse 1866.

† **München**, 17. Juni. (A. Btg.) Von einer Anzahl l. sächsischer Beamten begleitet, sind gestern in mehreren Wagen der bayrischen Südbahn Gegenstände von hohem Werth aus Dresden hier eingetroffen, und zwar, wie es heißt, sowohl der Staats- als der Familienschatz. Dieselben sollen vorerst hier in sichern Gewahrsam gebracht werden. An der Spitze der betreffenden l. sächsischen Beamten befindet sich der Geh. Rath Fhr. v. Weisenbach.

† **Darmstadt**, 16. Juni. (Fr. J.) Nach den heute Abend ausgegebenen Befehlen wird morgen unsere Armee division zwischen Frankfurt und Darmstadt aufmarschiren; theilweise ist dies schon heute geschehen. Drei Bataillone Infanterie und eine Batterie Artillerie bleiben vorläufig in Frankfurt, vier Bataillone Infanterie, das erste Reiterregiment und zwei Batterien Artillerie werden zwischen Frankfurt und Darmstadt aufgestellt und zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie Artillerie bleiben in Darmstadt; das zweite Reiterregiment bleibt vorerst noch in Groß-Verat.

† **Mainz**, 15. Juni. Nach dem „Mainz. Anz.“ ist der neuernannte Gouverneur der Bundesfestung Mainz, General v. Rehberrg, heute Vormittag eingetroffen. — In der verfloffenen Nacht traf das meiningen'sche Bundeskontingent, 1000 Mann stark, hier ein.

† **Mainz**, 16. Juni. Heute Morgen um halb acht Uhr gingen mit dem Dampfboot „Göthe“ die l. preussischen Mannschaften der Militärbäckerei, Lazareth-Personal, der Unter-Chirurgen, leichten Kranken und Nonvalensenten rheinabwärts nach Koblenz ab. In dem Lazareth befinden sich nur noch die Schwerkranken, die nicht transportabel sind. Auch der katholische Feldkaplan der preussischen Truppen befindet sich noch hier, sowie das zur Krankenpflege nöthige ärztliche und Wärterpersonal.

† **Köln**, 16. Juni. (W. B.) Die Landwehr-Regiment unter ersten Aufgebots marschiren nach dem Kriegsschauplatz. Das zweite Aufgebot besetzt die Festungen. — Die Preußen suchen dem bei Stabe tonzentriert gewordenen hannoverschen Korps den Rückzug abzuschneiden.

† **Köln**, 16. Juni. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm ist der Verkehr zwischen Minden und Braunschwieg aufgehoben. Das Fahrgeleise der hannoverschen Bahn ist aufgebrochen. Die Köln-Mindener Bahn gibt einstweilen keine Fahrбилет nach Hannover und weiter mehr aus.

† **Köln**, 17. Juni. (Köln. Btg.) Das Einrücken der Preußen in Sachsen erfolgte auf vier Punkten zugleich. Die Eisenbahn, die der Nordgrenze von Sachsen entlang von Leipzig nach Dresden und von dort bis Bautzen und Zoblitz zieht, schneidet die Flußthäler der Pleiße (Leipzig), Mulde (Wurzen), Elbe (Strehla, Kieja, Meissen und Dresden), Hoder (Großenhain), Spree (Budissin) und Neiße (Zittau). Die Besetzung dieser Eisenbahn, die auf der Westseite nach Halle, auf der Ostseite nach Görlitz (Breslau) weist, erfolgte am 16. Juni gleichzeitig bei Wurzen am linken Ufer der Mulde, bei Strehla am rechten Ufer der Elbe, bei Zittau an der Neiße und bei Löbau am Knotenpunkt der Linie, die von Zittau nach Görlitz im Osten und nach Westen nach Dresden führt. Die Preußen fanden die Bahn an der Elbe zwischen Kieja und Dresden zerstört, den Brief- und Personenverkehr zwischen Sachsen und Preußen unterbrochen. Die sächsische Regierung hatte bereits die Staatskasse, Werthstücke aller Art und sogar die Kriegsmunition nach Böhmen geschafft. Ueber die sächsischen Truppenbewegungen herrscht noch Unklarheit. Preußen beherrscht jetzt die Schienen zwischen Main und Wefer, wie an der mittleren Elbe; es beherrscht aber auch die zwischen Wefer und Elbe, da von Minden aus die Bahn nach Hannover besetzt wurde, wie von Harburg aus die Strecke, welche von dort zur Elbe führt. Preußen ist also in vierundzwanzig Stunden durch einen schnellen Ruck vollständig Herr seiner Verbindungen zwischen Rhein und Oder bis an die oberen Flußgebiete der Wefer und der Elbe geworden. Die hannoverschen und kurbessischen Truppen sollten, wie man erzählt, zwischen Kassel und Göttingen (bei Dransfeld?) ein kombinirtes Lager bilden; wir sind jedoch zur Stunde noch ohne alle genaueren Angaben. Gestern

Morgens um 6 Uhr wurden in Minden die Bahnhöfe der Köln-Mindener und der hannoverschen Eisenbahn mit preussischen Truppen besetzt und die hannoverschen Kassen, Lokomotiven und das Fahrmaterial mit Beschlagnahme belegt.

Warburg, 17. Juni. (W. L. B.) Die Eisenbahnverbindung zwischen Warburg und Kassel ist seit gestern Nachmittag unterbrochen. Die Bunde-Kreuzfahrtslinie ist noch offen. Auch auf der Main-Weiser-Bahn ist der Verkehr unterbrochen.

Gotha, 15. Juni. Man schreibt dem „Frf. Journ.“: Die Mobilmachung unseres von preussischen Offizieren befehligten Bundescontingents hat sich bis jetzt verzögert. Nun aber sind alle Beurlaubten einberufen, darunter viele, die kaum noch an ihre Militärpflicht denken. Am 19. d. werden die Truppen nach Rastatt abgehen.

Dresden, 16. Juni, Mitt. (W. L. B.) Man erfährt, daß Hr. v. Beust die preussische Friedensbedingung, betreffend die Rücknahme der Mobilisirung, mit Berufung auf den legalen Bundesbeschluß abgelehnt hat. Auf die Aufforderung, zugleich mit Preußen Parlamentswahlen auszusprechen, erklärte Hr. v. Beust, das Parlament könne nicht von einzelnen Regierungen berufen werden. Der König hat die moierte Ablehnung in seiner Eigenschaft als Bundesfürst bestätigt.

Sarburg, 15. Juni. So eben, 3 Uhr, sind die ersten Preußen, eine Abtheilung des 11. Infanterieregiments, hier gelandet.

Minden, 16. Juni. (Köln. Ztg.) Nachdem gestern der Generalstab hier eingetroffen war, ist heute früh die 13. Division über Bückeburg und Remdorf in der Stärke von etwa 17,000 Mann nach Hannover ausgerückt. Die Beamten des hiesigen hannoverschen Bahnhofs sind ihrer Funktionen enthoben, die Verbindung nach dieser Seite hin ist unterbrochen, und die Bahn von Wundorf nach Hannover durch Zerstörung der Schienenstränge unfahrbar gemacht. Die Truppen überschritten mit einem „Es lebe der König!“ die Bückeburger Grenze, und schon um 9 Uhr wurde die Ankunft der Kürassiere aus Stadthagen signalisirt. Den Vernehmungen nach rücken die Preußen gleichzeitig von Holstein und Lauenburg her in Hannover ein. Sie führen Eisenbahn-Arbeiter zur Wiederherstellung der Bahn mit sich.

Mendeburg, 12. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte erklärt, Regierungspräsident Laffer sei nicht verhaftet gewesen. Er muß dies aber doch gewesen sein, wie aus folgendem Protokoll hervorgeht:

Nachdem die Ständeverammlung für das Herzogthum Holstein durch Patent vom 5. d. M. nach Itzehoe einberufen worden, hatte der Unterzeichnete, mittelst Reskripts der k. k. Statthaltertschaft für das Herzogthum Holstein vom 9. d. M. zum Kommissar bei dieser Versammlung ernannt, sich zur Eröffnung der Ständeverammlung gestern in Itzehoe eingefunden. An der Ausführung dieses ihm gewordenen Auftrags ist der Unterzeichnete durch seine auf Anordnung des k. preussischen Gouverneurs, Hrn. Generalleutnants Hrn. v. Mantuffel, in der letzten Nacht erfolgte Verhaftung und Abführung nach Mendeburg verhindert worden. Unter Wiederholung seines gegen den k. preussischen Hauptmann Hrn. v. Gottberg bei seiner Verhaftung mündlich bereits abgegebenen Protestes protestirt der Unterzeichnete hiermit feierlich gegen die durch diesen Akt herbeigeführte Verhinderung der Zusammenkunft der holsteinischen Ständeverammlung, sowie gegen seine Internirung in Mendeburg, indem ich die Rechte meines hohen Auftraggebers, sowie meine eigenen ausdrücklich reservire. — Mendeburg, 11. Juni 1866. — Laffer, Regierungspräsident.

Berlin, 16. Juni. (Köln. Ztg.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Zwischen mehreren Regierungen der Bundesminorität und Preußen bildet sich bereits ein Einverständnis über Begründung einer neuen Union und die Parlementsberufung. — Der „Staatsanz.“ schreibt:

Kurbessen und Hannover ließen dem Vernehmen nach die Eisenbahnen und Telegraphenlinien durch ihre Staaten unterbrechen. Dies allein zeigt, wie unendlich für Preußen es war, gegenwärtig diese Länder, welche die Theile der Monarchie trennen, als zersplitterte und auf Bundesbeschluß ruhende Nachbarn im Rücken zu behalten. Nachdem Hannover für die Mobilisirung des Bundes gestimmt, war es Preußen unmöglich, anders zu handeln, wie geschehen. Die hannoversche Regierung hat dem Lande gegenüber die Verantwortlichkeit zu tragen, daß der Neutralitätsvertrag mit Preußen zurückgewiesen ist und die Regierung die österreichische Bundesgenossenschaft vorgezogen hat.

Ein gemeinschaftlicher Aufruf an die Nation von Mitgliedern der Fortschritts- und der konservativen Partei steht bevor, unterzeichnet unter Andern von Wagener, v. Blanckenburg, Twesten, Mommsen, v. Urruh.

Berlin, 16. Juni. Die preussische Regierung beauftragte ihre Gesandtschaften, zunächst bei den Mächten, welche die Wiener Kongressakte von 1815 unterzeichneten, den Bruch der Bundesakte und der Artikel 53 und 64 der europäischen Verträge, worin dieselbe aufgenommen, mittelst besonderer Noten zu konstatiren, sodann auch den übrigen Mächten von diesem Akte Mitteilung zu machen.

Wie verlautet, soll das zweite Aufgebot der Landwehr unverzüglich einberufen werden.

Ritter Bobo canahi aus Florenz ist mit Depeschen hier eingetroffen. Der gestrige (Freitag) Morgen aus Kassel hier eingetroffene, Abends dorthin zurückgereiste Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen hatte Unterredungen mit Sr. Majestät dem König, mit seinem Schwiegervater, dem Prinzen Karl, mit dem Grafen Bismarck, sowie mit dem englischen, dem kurhessischen und dem russischen Gesandten.

Prag, 15. Juni. (Presse.) Die sächsischen Staatskassengelder passiren heute durch, um nach Oesterreich in Gewahrsam zu kommen. — König Johann soll sich heute besuchen. — Der bayrische General v. d. Lann ist in Begleitung eines österreichischen Stabsoffiziers angekommen und hat bis auf Weiteres hier seinen Aufenthalt genommen. [Mit seitdem wieder in München angekommen.]

Prag, 16. Juni. (Presse.) Erzherzog Ludwig Victor ist zur Begrüßung der hier eingetroffenen sächsischen Königsfamilie angekommen. Sächsische Militärs begegneten auf dem Bahnhof abfahrenden österreichischen Soldaten; es fand eine jubelnde Begrüßung statt. Das Publikum nahm Theil. Es wurden Hochrufe auf beide Herrscher ausgebracht. Industrielle Nordböhmens versenden Waarenvorräthe nach dem Innern des Reichs.

Prag, 16. Juni. (Presse.) Beim Empfang der sächsischen Königsfamilie waren Erzherzog Ludwig Victor, die Grafen Clam und Razanzy anwesend, dann höhere sächsische Offiziere und der sächsische Legationsrath Zobel. Der Marfial und Equipagen sind mitgenommen. Der Erzherzog hielt eine Ansprache und führte die Königin am Arm zum Hofwagen. Eine ungeheure Menschenmenge bildete Spalier. Die königliche Familie reist morgen nach München.

Wien, 16. Juni. (W. L. B.) Die von preussischen Offizieren verbreitete Nachricht, daß General v. Mantuffel den FML. v. Gablenz zur Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung in Holstein aufgefordert habe, ist unbegründet. Hr. v. Mantuffel hat die Regierungsgewalt einfach an sich genommen.

Wien, 17. Juni. (A. Z.) Offiziell: Das Bundespräsidium notificirte den ausländischen Gesandten den vorgestrichenen, vom Wolffschen Telegraphenbureau in Berlin verschwiegenen, Bundesbeschluß: Der Austritt Preußens ist rechtswidrig; die Bundesbeschlüsse sind auch künftighin rechtsverbindlich.

Wien, 17. Juni. Man telegraphirt der „Allg. Ztg.“: Die russischen Eisenbahnen sind auf den Transport großer Truppenmassen und Geschütztrains vorbereitet. Längs der russisch-galizischen Grenze sind Verpflegungsmagazine eingerichtet.

Aus Lemberg, 17. d., meldet das „Wagner. Tel. Korresp.-Bur.“: In Tarnograd an der polnisch-galizischen Grenze ist die Vorhut eines starken, im Gouvernement Lublin formirten russischen Armeekorps angekommen.

Oesterreichische Monarchie.

Venedig, 15. Juni. Die Venediger Statthaltertschaft verbietet ohne Ausnahme Ueberschreitung der Grenze nach Italien.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 15. Juni. Die Deputirtenkammer beschloß, an die Pforte eine Petition um Anerkennung des Prinzen von Hohenzollern zu richten.

Italien.

* **Florenz, 16. Juni.** Man glaubt, Hr. Depretis werde zum Marineminister ernannt werden. General Lamarmora wird wahrscheinlich morgen in's Lager abgehen. Der Senat hat den Münzvertrag bestätigt, der zwischen Italien, Frankreich, Belgien und der Schweiz abgeschlossen worden ist. Die Diskussion der Finanzentwürfe hat heute in dieser Versammlung begonnen.

Florenz, 17. Juni. (W. L. B.) Das neue Ministerium ist gebildet. Nicajoli übernimmt die Präsidentschaft und das Innere, Borgotti die Justiz, Brocetti die Marine, Pettinengo, Scialoja, Jacini, Bertl bleiben. Lamarmora bleibt Minister ohne Portfeuille, und ist des Königs Volatus auf dem Kriegsschauplatz. Das Ministerium des Aeußern ist Bisconti-Benofia angetragen.

Frankreich.

* **Paris, 16. Juli.** Wie ich kaum zu sagen brauche, sind Aller Augen auf Deutschland gerichtet, — auf die Ereignisse, welche stündlich der Telegraph melden kann. Der „Moniteur“ sieht in dem militärischen Vorgehen der Preußen die Absicht, den Hannoveranern und Sachsen die Verbindung mit den süddeutschen Truppen abzuschneiden. — Der Kaiser hat den General Montebello von Rom nach Paris geschieden. Vorausichtlich handelt es sich darum, Angesichts der sich vorbereitenden Ereignisse eine schließliche Entscheidung über Ausführung oder Nichtausführung der Septemberekonvention zu nehmen. — Die Abreise des Kaisers nach Vichy ist bis auf Weiteres verschoben. — Wie man versichert, hat die englische Regierung Belgien gerathen, die Befestigungsarbeiten in Antwerpen in jeder Weise zu beschleunigen. — Wenn es absolut nöthig ist, soll die Gesetzgeb. Session noch bis Ende dieses Monats verlängert werden — nicht weiter. Doch sind mehrere einflussreiche Mitglieder der Majorität bereits präventiv worden, sich nicht zu weit zu entfernen, da man im September ihrer vielleicht bedürfen werde. — Die Hauptzüge des neuen Gesetzes über das literarische Eigenthum sind: daß das Eigenthumsrecht der Erben auf 50 Jahre ausgedehnt wird; dies ist nicht der Fall, wenn im Augenblick des Todes der Autor getrennt von seiner Gemahlin war, oder wenn der Staat Erbe ist.

Die „Italie“, eben so halboffiziell jenseits der Alpen, als hier der „Constitutionnel“, leßt den kaiserl. Brief, wie diesen Abend die „Liberté“ hervorhebt, nicht mit denselben Augen wie Hr. Limayrac. Sie sagt: „Frankreichs Neutralität wird wachsam sein; von der Wachsamkeit zur Handlung... ist nur ein Schritt.“ — Die Börse war heute sehr flau. Rente fiel auf 62.60, Cred. mob. (der eine Einzahlung auf die neuen Aktien ausstreicht) auf 476, ital. Anl. auf 37.55.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Juni. Die amtliche „Berling. Ztg.“ schreibt heute über die Lage in den Herzogthümern:

Die Ernennung Scheel-Blensens zum Regierungspräsidenten für die beiden Herzogthümer deutet zunächst auf die Bewirklichung des Programms hin, welches im verwichenen Februar von dem Grafen v. Bismarck in der preussischen Deputirtenkammer als die wünschenswerthe Lösung der Streitfrage bezeichnet wurde, nämlich die Personalunion der Herzogthümer mit der preussischen Krone. Hierdurch werden Gerechtigkeit und politische Bedeutungen des holsteinischen Adels ungefähr auf dieselbe Weise geordnet, wie in Lauenburg, und

das konservative Element im preussischen Staat erhält eine bedeutende Verstärkung durch den Anschluß der hervorragendsten Repräsentanten der Schleswig-holsteinischen Ritterschaft. Zugleich wird durch diese Ordnung Rücksicht genommen auf die besondern Institutionen der Herzogthümer, obgleich die allmähliche Annäherung an eine Realunion keineswegs ausgeschlossen ist.

Manifest des Kaisers von Oesterreich.

Dasselbe lautet vollständig:

An Meine Völker!

Mitten in dem Werke des Friedens, das Ich unternommen, um die Grundlagen zu einer Verfassungsform zu legen, welche die Einheit und Machtstellung des Gesamtreiches festigen, den einzelnen Ländern und Völkern aber ihre freie innere Entwicklung sichern soll, hat Meine Regentenpflicht Mir geboten, Mein ganzes Herz unter die Waffen zu rufen.

An den Grenzen des Reiches, im Süden und Norden, stehen die Armeen zweier verbündeter Feinde, in der Absicht, Oesterreich in seinem europäischen Machtbestande zu erschüttern.

Keinem derselben ist von Meiner Seite ein Anlaß zum Kriege gegeben worden. Die Segnungen des Friedens Meinen Völkern zu erhalten, habe Ich, dessen ich Gott der Allwissende Mein Zeuge, immer für eine Meiner ersten und heiligsten Regentenpflichten angesehen, und getreu sie zu erfüllen getrachtet.

Allein, die eine der beiden feindlichen Mächte bedarf keines Vorwandes; lästern auf den Raub von Theilen Meines Reiches, ist der günstige Zeitpunkt für sie der Anlaß zum Kriege.

Verbündet mit den preussischen Truppen, die uns als Feinde nunmehr entgegenstehen, zog vor zwei Jahren ein Theil Meines treuen und tapferen Heeres an die Gesäde der Nordsee.

Ich bin diese Waffengenosenschaft mit Preußen eingegangen, um vertragsmäßige Rechte zu wahren, einen bedrohten deutschen Volkstamm zu schützen, das Unheil eines unermüdlichen Krieges auf seine engsten Grenzen einzuschränken, und in der innigen Verbindung der zwei mitteleuropäischen Großmächte — denen vorzugsweise die Aufgabe der Erhaltung des europäischen Friedens zu Theil geworden — zum Wohle Meines Reiches, Deutschlands und Europa's eine solche dauernde Friedensgarantie zu gewinnen.

Eroberungen habe Ich nicht gesucht; uneigennützig beim Abschlusse des Bündnisses mit Preußen, habe Ich auch im Wiener Friedensvertrage keine Vorteile für Mich angestrebt. Oesterreich trägt keine Schuld an der trüben Reihe unseliger Verwicklungen, welche bei gleicher uneigennütziger Absicht Preußens nie hätten entstehen können, bei gleicher bundestreuer Bestimmung augenblicklich zu beilegen waren.

Sie wurden zur Verwirklichung selbstthätiger Zwecke herbeigeführt, und waren deshalb für Meine Regierung auf friedlichem Wege unlosbar.

So steigerte sich immer mehr der Ernst der Lage.

Selbst dann aber noch, als offenkundig in den beiden feindlichen Staaten kriegerische Vorbereitungen getroffen wurden, und ein Einverständnis unter ihnen, dem nur die Absicht eines gemeinsamen feindlichen Angriffes auf Mein Reich zu Grunde liegen konnte, immer klarer zu Tage trat, verharrete Ich im Bewußtsein Meiner Regentenpflicht, bereit zu jedem mit der Ehre und Wohlfahrt Meiner Völker vereinbaren Zugeständnisse, im tiefsten Frieden.

Als Ich jedoch wahrnahm, daß ein weiteres Zögern die wirksame Abwehr feindlicher Angriffe und die Sicherung der Monarchie gefährde, mußte Ich Mich zu den schweren Opfern entschließen, die mit Kriegserklärungen unertrennlich verbunden sind.

Die durch Meine Regierung gegebenen Versicherungen Meiner Friedensliebe, die wiederholt abgegebenen Erklärungen Meiner Bereitwilligkeit zu gleichzeitiger gegenseitiger Abrüstung erwiderte Preußen mit Gegenansinnen, deren Annahme eine Preisgebung der Ehre und Sicherheit Meines Reiches gewesen wäre.

Preußen verlangte die volle vorausgehende Abrüstung nicht nur gegen sich, sondern auch gegen die an der Grenze Meines Reiches in Italien stehende feindliche Macht, für deren Friedensliebe keine Würschaft geboten wurde und keine geboten werden konnte.

Alle Verhandlungen mit Preußen in der Herzogthümerfrage haben immer mehr Belege zu der Thatfache geliefert, daß eine Lösung dieser Frage, wie sie der Würde Oesterreichs, dem Rechte und den Interessen Deutschlands und der Herzogthümer entspricht, durch ein Einverständnis mit Preußen bei seiner offen zu Tag liegenden Gewalts- und Eroberungspolitik nicht zu erzielen ist.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die ganze Angelegenheit den Entschlüssen des Bundes anheimgestellt, und zugleich die legalen Vertreter Holsteins einberufen.

Die drohenden Kriegsausichten veranlaßten die drei Mächte Frankreich, England und Rußland, auch an Meine Regierung die Einladung zur Theilnahme an gemeinsamen Beratungen ergeben zu lassen, deren Zweck die Erhaltung des Friedens sein sollte. Meine Regierung, entsprechend Meiner Absicht, wenn immer möglich, den Frieden für Meine Völker zu erhalten, hat die Theilnahme nicht abgelehnt, wohl aber ihre Zusage an die bestimmte Voraussetzung geknüpft, daß das öffentliche europäische Recht und die bestehenden Verträge den Ausgangspunkt dieser Vermittlungsversuche zu bilden haben, und die Theilnehmenden Mächte kein Sonderinteresse zum Nachtheil des europäischen Gleichgewichts und der Rechte Oesterreichs verfolgen.

Wenn schon der Versuch von Friedensberatungen an diesen natürlichen Voraussetzungen scheiterte, so liegt darin der Beweis, daß die Beratungen selbst nie zur Erhaltung und Festigung des Friedens hätten führen können.

Die neuesten Ereignisse beweisen es unwiderleglich, daß Preußen nun offen Gewalt an die Stelle des Rechtes setzt.

In dem Rechte und der Ehre Oesterreichs, in dem Rechte und der Ehre der gesamten deutschen Nation erblickte Preußen nicht länger eine Schranke für seinen verhängnißvoll gesteigerten Ehrgeiz. Preussische Truppen rückten in Holstein ein, die von dem kais. Statthalter einberufene Ständeverammlung wurde gewaltsam gesprengt, die Regierungsgewalt in Holstein, welche der Wiener Friedensvertrag gemeinschaftlich auf Oesterreich und Preußen übertragen hatte, ausschließlich für Preußen in Anspruch genommen und die österreichische Befragung gendigt, zehnfacher Uebermacht zu weichen.

Als der Deutsche Bund, vertragswidrige Eigenmacht hierin erkennend, auf Antrag Oesterreichs die Mobilmachung der Bundesstruppen beschloß, da vollendet Preußen, das sich so gerne als Träger deutscher Interessen rühmte, den eingeschlagenen verderblichen Weg. Das Nationalband der Deutschen zerreißen, erklärte es seinen Austritt aus

dem Bund, verlangte von den deutschen Regierungen die Annahme eines sogenannten Reformplans, welcher die Theilung Deutschlands verwirklicht, und schritt mit militärischer Gewalt gegen die bundesgetreuen Souveräne vor.

So ist der unheilvollste, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche unvermeidlich geworden!

Zur Verantwortung all des Unglücks, das er über Einzelne, Familien, Gegenden und Länder bringen wird, rufe ich diejenigen, die ihn herbeigeführt, vor den Richterstuhl der Geschichte und des ewigen allmächtigen Gottes.

Ich schreite zum Kampf mit dem Vertrauen, das die gerechte Sache gibt, im Gefühl der Macht, die in einem großen Reiche liegt, wo Fürst und Volk nur von einem Gedanken — dem guten Recht Oesterreichs — durchdrungen sind; mit frischem vollem Muth beim Anblick Meines tapferen kampferprobten Heeres, das den Woll bildet, an welchem die Kraft der Feinde Oesterreichs sich bröckeln wird; im Hinblick auf Meine treuen Völker, die einig entschlossen opferwillig zu Mir emporsehen.

Die reine Flamme patriotischer Begeisterung lodert gleichmäßig in den weiten Gebieten Meines Reiches empor; fröhlich eilen die einberufenen Krieger in die Reihen des Heeres; Freiwillige drängen sich zum Kriegsdienst; die ganze wehrfähige Bevölkerung einiger zumeist bedrohten Länder rüht sich zum Kampf, und die edelste Opferwilligkeit eilt zur Lindeung des Unglücks und zur Unterstützung der Wehrkräfte des Heeres herbei.

Nur Ein Gefühl durchdringt die Bewohner Meiner Königreiche und Länder, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Gefühl der Macht in ihrer Einigkeit, das Gefühl des Unmuthes über eine so unerhörte Rechtsverletzung.

Doppelt schmerzt es Mich, daß das Werk der Verständigung über die innern Verfassungsfragen noch nicht so weit gediehen ist, um in diesem ernsten, zugleich aber erhebenden Augenblick die Vertreter aller Meiner Völker um Meinen Thron versammelt zu können.

Dieser Stille für jetzt entbehrend, ist Mir jedoch Meine Regentenpflicht um so klarer, Mein Entschluß um so fester, dieselbe Meinem Reich für alle Zukunft zu sichern.

Wir werden in diesem Kampf nicht allein stehen.

Deutschlands Fürsten und Völker kennen die Gefahr, die ihrer Freiheit und Unabhingigkeit von einer Macht droht, deren Handlungsweise durch selbstthätige Pläne einer rücksichtslosen Vergewaltigung allein geleitet wird; sie wissen, welchen Hort für diese ihre höchsten Güter, welche Stütze für die Macht und den Ruhm der gesammten deutschen Vaterlande sie an Oesterreich finden.

Wie wir für die heiligsten Güter, welche Völker zu verteidigen haben, in Waffen stehen, so auch unsere deutschen Bundesbrüder.

Man hat die Waffen uns in die Hand gegeben. Wohl! jetzt, wo wir sie ergreifen, dürfen und wollen wir sie nicht früher niederlegen, als bis Meinem Reiche, sowie den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung gesichert und deren Machtstellung in Europa neuerdings befestigt ist.

Auf unserer Einigkeit, unserer Kraft ruhe aber nicht allein unser Vertrauen, unsere Hoffnung. Ich setze sie zugleich noch auf einen Höheren, den allmächtigen gerechten Gott, Dem Mein Haus von seinem Ursprunge an gebietet, Der die nicht verläßt, die in Gerechtigkeit auf Ihn vertrauen.

Zu Ihm will Ich um Beistand und Sieg flehen, und fordere Meine Völker auf, es mit Mir zu thun.

Gegeben in Meiner Residenz- und Reichshauptstadt Wien, am sechszehnten Juni Eintausend acht Hundert sechsundsechzig. Franz Joseph m. p.

Preussische Aktenstücke.

Berlin, 16. Juni. Der heutige „Staats-Anzeiger“ bringt nachstehende Proclamation:

Berlin, 16. Juni 1866.

Nachdem der Deutsche Bund ein halbes Jahrhundert lang nicht die Einheit, sondern die Zerissenheit Deutschlands dargestellt und gefördert, dadurch längst das Vertrauen der Nation verloren hatte und dem Ausland als die Bürgschaft der Fortdauer deutscher Schwäche und Ohnmacht galt, hat er in den letzten Tagen dazu gemißbraucht werden sollen, Deutschland gegen ein Bundesgeseß in die Waffen zu rufen, welches durch den Vorschlag der Berufung eines deutschen Parlaments den ersten und entscheidenden Schritt zur Bekräftigung der nationalen Forderungen gethan hatte. Für den von Oesterreich erstrebten Krieg gegen Preußen fehlte jeder Anhalt in der Bundesverfassung, wie jeder Grund, oder auch nur scheinbare Vorwand. Mit dem Beschluß vom 14. Juni, durch welchen die Mehrheit der Bundesmitglieder beschloß, sich zum Krieg gegen Preußen zu rufen, ist der Bundesbruch vollzogen und das alte Bundesverhältnis zerfallen. Nur die Grundlage des Bundes, die lebendige Einheit der deutschen Nation, ist geblieben, und es ist die Pflicht der Regierungen und des Volkes, für diese Einheit einen neuen, lebenskräftigen Ausdruck zu finden.

Für Preußen verbindet sich damit die Pflicht zur Verteidigung seiner durch jenen Beschluß und durch die Rüstungen seiner Gegner bedrohten Unabhängigkeit. Indem das preussische Volk zur Erfüllung dieser Pflicht seine Gesamtkraft aufbietet, bekundet es zugleich den Entschluß, für die im Interesse Einzelner bisher gewaltsam gehemmte nationale Entwicklung Deutschlands den Kampf aufzunehmen.

In diesem Sinn hat Preußen sofort nach Auflösung des Bundes den Regierungen ein neues Bündniß auf die einfachen Bedingungen des gegenseitigen Schutzes und der Theilnahme an den nationalen Bestrebungen angeboten. Es verlangte nichts als Sicherung des Friedens, und zu diesem Behuf sofortige Berufung des Parlaments. Seine Hoffnung auf Erfüllung dieses gerechten und mäßigen Verlangens ist getäuscht worden. Das Anerbieten Preußens ist abgelehnt und letzteres damit genöthigt worden, nach der Pflicht der Selbsthaltung zu verfahren; Feinde oder zweifelhafte Freunde kann Preußen an seiner Grenze und zwischen seinen Grenzen in einem solchen Augenblick nicht dulden.

Indem die preussischen Truppen die Grenze überschritten, kommen sie nicht als Feinde der Bevölkerung, deren Unabhängigkeit Preußen achtet und mit deren Vertretern es in der deutschen Nationalversammlung gemeinsam die künftigen Geschicke des deutschen Vaterlandes zu beraten hofft. Möge das deutsche Volk, im Hinblick auf dieses hohe Ziel, Preußen mit Vertrauen entgegenkommen und die friedliche Entwicklung des gemeinsamen Vaterlandes fördern und sichern helfen.

Vorstehende Proclamation wird von den preussischen Truppen auf fremden Gebieten verbreitet werden.

Zugleich hat die königl. Regierung heute an die auswärtigen Höfe folgende amtliche Erklärung über die neuesten Vorgänge abgehen lassen:

Nachdem durch Beschluß vom 14. Juni der Bund gebrochen und Preußen mit Krieg bedroht worden, ertheilte das Gebot der Selbsthaltung, das Land gegen die Nachbarstaaten zu sichern. Preußen hat deshalb am 15. Juni Sachsen, Hannover und Kurhessen ein Bündniß auf Grund unbewaffneter Neutralität angeboten, mit der Bedingung der Berufung des deutschen Parlaments Behufs Sicherstellung des Friedens. Gleichzeitig hat Preußen jenen Staaten die Gewährleistung ihres Besitzthums und ihrer Souveränität zugesagt. Die gebachten drei Staaten haben dieses Anerbieten abgelehnt. Da die geographische Lage Preußens nicht gestattet, dort offene oder verdeckte Feindschaft bei anderweitigem Krieg zu ertragen, so haben die königlichen Truppen heute Morgen in allen drei Richtungen die Grenze überschritten, um zu verhindern, daß man uns von dort im Rücken angreift, während wir uns gegen Oesterreich verteidigen.

Oesterreichische Note in Betreff Veneziens.

Die Wiener „Presse“ theilt den Wortlaut der Oesterreichischen Note vom 1. Juni mit, welche gleichzeitig mit der direkten Antwortbespeise auf die Kongress-Einladungen der drei neutralen Mächte, gleichsam als Motivbericht zu derselben, an die Vertreter Oesterreichs in Paris, London und St. Petersburg abgegangen ist. Dieselbe lautet:

Wir verhehlen uns nicht, daß wir unsere Zustimmung zur Abhaltung der Konferenz von einer Bedingung abhängig machen, welche das ganze Projekt möglicher Weise in Frage stellen kann. Je aufmerksamer wir die Sachlage ins Auge fassen, desto mehr drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß wir kaum ein günstiges Resultat von den Verhandlungen zu erwarten haben, welche die drei neutralen Mächte vorge schlagen.

Mit welsch großen Rücksichten auch das Konferenzprogramm abgefaßt ist, die in demselben ausdrücklich betonte italienische Frage kann in der That keine andere Bedeutung haben, als von uns die Abtretung Veneziens zu verlangen. Dieses ist aber eine Forderung, welche wir in dem gegenwärtigen Augenblick mit Entschiedenheit von uns weisen. Die Abtretung einer Provinz in Folge eines moralischen Druckes, und insbesondere einer Provinz, welche vom dreifachen Standpunkt ihrer militärischen, geographischen und politischen Bedeutung von so großer Wichtigkeit ist, käme einem politischen Selbstmord gleich, durch welchen Oesterreich sich seiner Stellung als Großmacht auf immer verluftig mache. Die Annahme einer Selbstentscheidung ist gleichfalls unmöglich. Die venezianische Frage ist eine Grenzfrage und steht mit der Würde der kaiserlichen Regierung in so engem Zusammenhang, als daß dieselbe von der kaiserlichen Regierung zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden könnte. Was den Austausch Veneziens gegen eine Territorial-Kompensation anbelangt, so ist dies eine ferner Kombination, welche die Folge eines Krieges und etwaiger aus demselben sich ergebender Territorial-Veränderungen sein können, die aber nie das Resultat einer am Kongressliche stattfindenden Verhandlung vor dem Kriege zu sein vermögen. Wo wären übrigens in diesem Augenblick die Kompensationen zu suchen, womit man uns bedenken möchte? So viel uns bekannt, ist die Behauptung der Türkei noch keine die heutige europäische Politik beschäftigende Frage. Allein, wäre dies selbst der Fall, so müßten wir a priori erklären, daß weder die Donaufürstenthümer noch Bosnien und die Herzegovina in ihrem gegenwärtigen Zustand in unsern Augen ein Aequivalent für Venezien sein können. Weit entfernt, daß der Erwerb dieser in der Zivilisation so wenig vorgeschrittenen und so ertragsarmen Gebiete ein Zuwachs an Macht und Kraft wäre, würde derselbe eher eine Quelle von Schwäche sein und die schon vorhandenen Hilfsquellen Oesterreichs eher in Anspruch nehmen, als die selben vermehren. Man hat uns andeutungsweise zu verstehen gegeben, daß Schließen eine hinreichende Entschädigung für die Abtretung Veneziens sein dürfte. Wir sind weit entfernt, diese Eventualität zu wünschen, und sehen es viel lieber, daß vor Allem jede Macht Dasjenige behalte, was ihr bis zum gegenwärtigen Moment von rechts wegen gehört. Wenn der Krieg wirklich ausbricht, und wenn allmähliche militärische Erfolge unsere Macht erhöhen, unser moralisches Gewicht in Europa verstärken, und uns in den gesicherten Besitz von eroberten Gebieten bringen, dann wäre die Annahme nicht auszusprechen, daß wir, mit welcher Mäßigung unsern Vorteil benützend, auf den Besitz einer Provinz Verzicht leisteten, um uns dafür den Besitz einer andern zu sichern. Eine scheinbare Macht kann sich bedrohen finden, im Interesse der Herstellung des allgemeinen Friedens Konzessionen zu machen, zu welchen sie sich aber gegenüber von Drohungen nicht verhalten kann, ohne eine Schwäche an den Tag zu legen, welche ihre Gegner nur aufmuntern könnte, mit ihren Ansprüchen noch mehr und rücksichtsloser aufzutreten. Die öffentliche Meinung der gesammten Bevölkerung dieses Reiches, das militärische Ehrgefühl des zahlreichen und tapferen, unter unsern Fahnen versammelten Heeres würden auf das tiefste verletzt werden, wenn die kaiserl. Regierung jetzt auf den ihr gemachten Vorschlag einging, über die Abtretung Veneziens zu unterhandeln. Somit müssen wir eine derartige Lösung dieser Frage für den jetzigen Augenblick für ganz unmöglich betrachten, und könnten wir auch auf einem Kongress nicht anders, als diese Unmöglichkeit formell auszusprechen, wodurch alsdann die Verantwortlichkeit für das Scheitern dieses Kongresses nur noch direkter uns zugesprochen würde.

Wir können auf einem Kongress, der jetzt zusammenträte, die italienische und die mit ihr zusammenhängende venezianische Frage nur von dem strengeren Standpunkt des Rechts, wie es aus den bestehenden Verträgen entspringt, auffassen. Indem wir uns auf den Standpunkt der Verträge stellen, können wir dem Nationalitätsprinzip in dieser nur mit dem Recht der Verträge in Zusammenhang stehenden Frage nicht huldigen. Ohne unsere Beweggründe und die unansprechbare Rechtfertigung unserer Sache zu beinträchtigen, können wir von dem von uns gewählten Standpunkt nicht abgehen. Wir sind prinzipiell gar nicht gegen eine Diskussion über die italienische Angelegenheit; aber wir müssen darauf bestehen, daß zu deren Ausgangspunkt der Züricher Vertrag genommen werde, dessen Nichtinhaltung die Ursache von dem gegenwärtig ganz Europa beschäftigenden Verhältniß ist. Dies ist die einzige Sprache, welche wir führen könnten, und diese würde bei jedem weiteren Schritt uns Schwierigkeiten erregen, welche

nicht weniger als geeignet sein dürften, zu einer friedlichen Lösung der obstehenden Fragen beizutragen.

Diese Bemerkungen scheinen uns von unbestreitbarer Klarheit, und unsere Haltung auf dem Kongress würde Allen nach nicht verfehlen, unsern Gegnern Waffen in die Hände zu geben, um uns einzig und allein die Schuld an dem Mißerfolg der Unterhandlungen aufzuladen. Je mehr sich durch und bei Eröffnung des Kongresses die Friedenshoffnungen gerührt und gestärkt haben würden, desto bitterer und schneidender mit scheinbarem Grund würden die uns gemachten Vorwürfe sein, daß diese Friedenshoffnungen durch uns zerstört worden seien. Wenn auf diese Weise die Leiter der bedeutendsten europäischen Kabinette sich veranlaßt fänden, sich unverrichteter Dinge wieder zu trennen, nachdem sie Europa und der Welt das imposante Schauspiel ihres Zusammentritts gegeben, hätten wir da nicht vielleicht Grund, manchen daraus erwachenden Groll zu fürchten?

Solcher Natur sind die Betrachtungen, welche unsere Antwort auf die von den drei Höfen an uns ergangene Einladung bestimmt haben.

Indem wir unsere Zustimmung an eine Bedingung knüpfen, welche jede Erwähnung der spezifisch Oesterreichischen Interessen vermeidet, welche sich mit dem Verlangen einer allgemeinen Garantie begnügt, einem Verlangen, dessen Billigkeit gewiß Niemand bezweifeln wird, stellen wir uns augenscheinlich auf ein viel sichereres Feld, als indem wir uns in eine Diskussion einlassen, welche wir doch nur durch eine formelle Weigerung abbrechen müßten. Wir erklären es, und zwar mit Nachdruck, daß wir geneigt sind, den Kongress zu bescheiden, daß wir sogar dessen Zustandekommen aufs schnellste wünschen, sobald wir die Bürgschaft haben, daß keine der Mächte die Absicht hat, sich desselben als eines Mittels zur leichtern Erreichung eines Zieles zu bedienen, welches mit den Waffen zu erlangen sie bis jetzt noch Anstand nimmt. Die wahrhaft neutralen und uneigennütigen Mächte, denen eine friedliche Beilegung des obstehenden Konfliktes am Herzen liegt, werden, so hoffen wir, begreifen, daß eine solche Beilegung unmöglich von dem Kongress zu erwarten ist, wenn nicht Besprechungen, die ihrer Natur nach mit der Erhaltung des Friedens unvereinbar sind, formell zurückgewiesen werden. Wollen oder können die neutralen Mächte sich nicht entschließen, das Gewicht ihres Einflusses geltend zu machen, um ungerichteten Ansprüchen und aggressiven Absichten eine Schranke zu setzen, so mögen sie wenigstens der Verteidigung eben so viel Spielraum und Freiheit als dem Angriff gönnen. In dem Bewußtsein uneres Rechts, rufen wir Niemandens Hilfe an, beanspruchen aber das Recht, Das zu behalten, was uns gebührt, so lange als wir im Stand sind, es zu behaupten.

Baden.

Heidelberg, 17. Juni. Dem „Mannh. Journ.“ zufolge wurden die württembergischen Truppen auf ihrer Fahrt nach Frankfurt hier und an andern Pfälzer Eisenbahn-Stationen von der Bevölkerung mit warmen Sympathie-Rundgebungen begrüßt.

Mannheim, 18. Juni. (Mannh. Journ.) Gestern Abend ist eine Kompanie bayrischer Jäger aus der Pfalz, die zu ihrem Bataillon nach Schweinfurt gehen, durch unsere Stadt gezogen. Dieselben wurden durch die hiesige Pfüllermusik an den Bahnhof geleitet. Sowohl an der Rheinbrücke als an dem Bahnhof wurden die Bayern von der umstehenden Menge mit dreimaligem Hochrufen begrüßt.

Freiburg, 17. Juni. (Freibr. Bl.) In einer heute im Kaufhaussaal von den Mitgliedern des Gemeinderaths angeordneten Versammlung hiesiger Bürger und Einwohner, welche von ungefähr 1500 Personen besucht war, wurde einstimmig beschlossen, folgende Erklärung der hohen Regierung und den Ständen zugehen zu lassen:

Angesichts der schwer bedrohten Lage Deutschlands erachtet es die Bürger- und Einwohnerschaft der Stadt Freiburg als eine Pflicht gegen das große und engere Vaterland, der großh. Staatsregierung offen und vertrauensvoll ihre Wünsche und Erwartungen auszusprechen.

Die Versammlung ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Wahrung sowohl der allgemeinen deutschen, wie der besondern badischen Interessen den innigsten Anschluß unseres Landes an die süddeutschen Staaten gebieterisch fordert.

Man hatte darum auch erwartet, daß der Gesandte Badens, nachdem er einen anerkennungswethen, von der Friedensliebe und dem Gerechtigkeitsgefühl unserer hohen Regierung zeugenden letzten Vermittlungsantrag erfolglos gestellt hatte, sich dem Votum jener Staaten in der Bundestags-Sitzung vom 14. d. M. anschließen würde.

Obgleich spricht die Versammlung ihre Freude einmüthig darüber aus, daß ebenderselbe durch die gleichzeitig abgegebene Erklärung, daß die großh. Regierung die Bundespflichten in ihrem ganzen Umfang zu erfüllen bereit sei, ihrer Bundesstreue wie dem Bundesrecht vollen Ausdruck verliehen hat.

Ebenfalls beglückt die Bürger- und Einwohnerschaft von Freiburg zu hoher Regierung und Ständen auch das feste Vertrauen, daß Hochdieselben für die Aufrechterhaltung der Ehre und des Rechts des deutschen Gesamt Vaterlandes mit aller Entschlossenheit eintreten und dieselben wie die Interessen Badens mit Aufbietung aller Kräfte zu wahren fortan bestrebt bleiben.

Vermischte Nachrichten.

London, 16. Juni. Das neue atlantische Telegrafenkabel ist fertig, und wird der „Great Eastern“ mit demselben um den Rest des alten Kabels an Bord, wie schon jetzt ist, am letzten Juni von Cherbourg auslaufen, unterwegs Koblentz einnehmen, und gegen Mitte Juli Valentia erreichen, wo dann die Legung sofort beginnen soll. Zunächst wird der „Great Eastern“ das neue Kabel von der irischen Küste nach Trinity-Bay (Neufundland) legen, und wenn dies gelungen und die telegraphische Verbindung hergestellt sein wird, nach der Mitte des Atlantischen Ozeans zurückkehren und versuchen, das Rißende des vorigen Sommer gelegten Kabels aufzunehmen, um damit das an Bord befindliche Stück desselben alten Kabels zu verknüpfen und von neuem die Fahrt nach Trinity-Bay zu machen, so daß, wenn Alles gut geht, auf diese Weise eine doppelte Linie hergestellt würde. Das neue Kabel mit dem Rest des alten, welche der „Great Eastern“ zugleich an Bord nimmt, bildet zusammen eine Länge von 2730 engl. Meilen.

Nachricht. Telegramm.

Wien, 18. Juni, Nachmittags. Die Preußen haben heute Mittag Dresden besetzt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

